



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.636.438

Wien, am 4. November 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. September 2022 unter der Nr. **12106/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Folgeanfrage zum Jugendprojekt „Under18““ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

1. Wann wurde das Projekt „Under 18“ ins Leben gerufen und auf wessen Initiative?
2. Welche Personengruppen, ExpertInnen, Organisationen, NGOs, andere Ministerien und Ressorts der öffentlichen Verwaltung, Bildungseinrichtungen etc. waren an der Ausarbeitung des Konzepts „Under 18“ beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung?
3. Wie gestaltet sich das Konzept hinter dem Projekt „Under 18“ und wie sieht der Ablauf der Schulbesuche von PolizistInnen genau aus? Bitte um detaillierte Beschreibung.
4. An welchen Schultypen (Volksschule, Mittelschule, AHS, BMHS, Sonderschule, Berufsschule etc.) wird das Projekt „Under 18“ umgesetzt?

- a. *Gibt es Erhebungen darüber, wie viele Schulbesuche von PolizistInnen im Rahmen des Projekts „Under 18“ in welchen Schultypen im Schuljahr 2021/2022 stattfanden?*
 - i. *Falls ja, bitte um detaillierte Auflistung nach Schultyp und wenn möglich nach Bundesland.*
 - ii. *Falls nein, warum gibt es keine derartigen Erhebungen?*
5. *Kinder und Jugendliche welchen Alters adressiert das Projekt „Under 18“? Kinder und Jugendliche welchen Alters können daran teilnehmen?*
 - a. *Gibt es Erhebungen darüber, für welche Altersgruppe wie viele Schulbesuche von PolizistInnen im Rahmen des Projekts „Under 18“ im Schuljahr 2021/2022 stattfanden?*
 - i. *Falls ja, bitte um detaillierte Auflistung nach Altersgruppe und wenn möglich nach Bundesland*
6. *Wie viele PolizistInnen wurden im Schuljahr 2021/2022 für das Projekt „Under 18“ für Schulbesuche herangezogen? Bitte um Auflistung nach Bundesland.*
7. *Nach der Ankündigung der Staatssekretärin für Jugend im Bundeskanzleramt, bis Jahresende weitere PolizeibeamtInnen für das Projekt „Under 18“ bereitzustellen, wie viel zusätzliche BeamtInnen werden bis Ende 2022 für das Projekt „Under 18“ tätig werden? Bitte um Auflistung der Anzahl zusätzlicher PolizistInnen nach Bundesland.*
 - a. *Wie viele PolizistInnen werden für das Projekt „Under 18“ im Schuljahr 2022/2023 insgesamt tätig sein? Bitte um Auflistung der Anzahl nach Bundesland, wenn möglich.*
8. *Wie hoch waren die finanziellen Mittel, die für die Konzeption und erste Umsetzung des Projekts „Under 18“ im Schuljahr 2021/2022 zur Verfügung standen, und woher genau kamen diese Mittel?*
9. *Wie hoch werden die finanziellen Mittel, die für die Umsetzung des Projekts „Under 18“ im Schuljahr 2022/2023 zur Verfügung stehen, sein und woher genau kommen diese Mittel?*
10. *Wie wurden und werden PolizistInnen für die Arbeit im Rahmen des Projekts „Under 18“ ausgebildet? Wie sieht die Ausbildung und Vorbereitung konkret aus?*
11. *Gibt es spezielle Ausbildungen oder Sensibilisierung der PolizistInnen in Bezug auf Gewalt und Hass im Netz, um SchülerInnen auch dahingehend aufzuklären?*
 - a. *Falls ja, wie sieht diese spezielle Ausbildung von PolizistInnen in Bezug auf Gewalt und Hass im Netz konkret aus?*
 - b. *Falls nein, warum gibt es hier keine spezialisierte Ausbildung?*

12. Aus welchem Grund werden PolizistInnen im Rahmen des Projektes „Under 18“ eingesetzt, um Kinder und Jugendliche über Gewalt aufzuklären?

a. Gab oder gibt es Erwägungen, diese Aufgabe an andere Berufsgruppen oder NGOs zu übergeben oder diese zumindest in die Arbeit des Projekts „Under 18“ einzubinden?

i. Falls nein, wieso nicht?

Jugendpolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsmaterie. Deshalb sind jugendrelevante Agenden in allen Ministerien zu finden. Diese Arbeit verstärkt zu vernetzen ist ein Anliegen der Österreichischen Jugendstrategie, die vom Bundeskanzleramt koordiniert wird. Die Zuständigkeit für den Bereich Jugendkriminalität sowie das Präventionsprogramm „Under 18“ liegt nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 98/2022, nicht in meinem Vollzugsbereich.

MMag. Dr. Susanne Raab

